

afrika süd Nr.3 2003

Die Opfer des dritten Chimurenga

Die Lage der Landarbeiter nach der „Landreform“ in Simbabwe

Welche Folgen hat die „Landreform“ in Simbabwe auf die Farmarbeiter und ihre Familien? Was sieht es mit ihren Arbeitsplätzen und Löhnen, wie mit ihren Unterkünften und der Versorgung mit sozialen Diensten aus? Eine Untersuchung im Oktober und November 2002 hat erschreckende Daten aus acht Provinzen gesammelt. Nur noch ein Drittel der ursprünglich über dreihunderttausend Farmarbeiter war zum Jahreswechsel 2003 fest auf den Farmen angestellt. Was ist mit den anderen Zweihunderttausend?

Lloyd M. Sachikonye

Jambanja – direkte Aktion – wurde das *fast track*-Programm der Landumverteilung genannt, oder auch „Agrarrevolution“ oder der dritte *Chimurenga* (Befreiungskampf). Dieses Programm wurde 2000 ausgerufen und galt Ende 2002 offiziell als erfolgreich abgeschlossen.

Vor der Landreform waren 320.000 bis 350.000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf den kommerziellen Farmen und Plantagen beschäftigt, die etwa 4.500 weißen Farmern gehörten. Mit ihren Familien zählen sie knapp zwei Millionen Menschen. Das sind etwa 20 Prozent der Bevölkerung Simbabwes. Anfang 2003 gab es nur noch 100.000 Farmarbeiter und –arbeiterinnen. Über 200.000 mussten die Farmen verlassen; mit ihren Familien sind das eine Millionen Menschen.

Die Untersuchung zeigt, dass im November 2002 die meisten kommerziellen Farmen an neue Siedler und Farmer übertragen waren. Auf etwa 80 bis 90 Prozent dieser Farmen ist die Produktion drastisch zurückgegangen oder wurde gar eingestellt. So wurden z.B. von den 30 untersuchten Farmen in Mashonaland-West 90 Prozent vom Staat requiriert, 60 Prozent davon haben die Produktion komplett eingestellt. Die Erhebungen in anderen Provinzen zeigten ein ähnliches Bild. Bestenfalls zehn Prozent sind noch voll in Betrieb. Der Ausstoß der kommerziellen Farmen wird in der Saison 2002/03 noch geringer ausfallen als in den beiden Vorjahren. Die Neusiedler werden den Produktionsverlust nicht auffangen können.

In der Saison 2001/02 waren die meisten Farmer noch auf ihrem Land, wenngleich sie die Produktion zurückgefahren haben. 2002/03 aber haben die meisten ihre Farm verlassen. Und das hat weitreichende Folgen für die Farmarbeiter und Farmarbeiterinnen.

Trend zur Kontraktarbeit

Landesweit gleicht sich das Bild: In erheblichem Maße ist die Beschäftigung auf den Farmen wegen Einstellung oder Zurückfahren der Produktion zurückgegangen. Im zweiten Quartal 2002 – also vor dem Abzug der meisten Farmer – hatten nach einer Erhebung in den Mashonaland-Provinzen bei 235 Farmen in Ost 40 Prozent, in Zentral 46 Prozent und in West 33 Prozent der Festangestellten ihre Arbeit verloren. Bei Saisonarbeitern lag der Anteil durchweg über 50 Prozent. Die Erhebung vom Oktober/November 2002 zeigte, dass diese Verluste weiter gestiegen waren. Aufgrund des starken Produktionsrückgangs haben auf den kommerziellen Farmen in den Midlands 70 Prozent, in Mashonaland-West gar 90 Prozent ihre Festanstellung verloren. Die meisten wurden kurzzeitige Kontraktarbeiter.

Auch wenn es keine präzisen Daten gibt, muss davon ausgegangen werden, dass zwischen 2000 und 2003 über 200.000 Farmarbeiterinnen und Farmarbeiter ihre Festanstellung verloren haben. Das gilt landesweit und der Trend geht zur Kontraktarbeit. Das spiegelt die unsichere Lage auf jenen kommerziellen Farmen wieder, die den Betrieb noch aufrechterhalten. Das weist aber auch auf die geringe Kapazität der neuen Farmer hin, Arbeiter einzustellen. Sie verfügen über zu geringe Finanzmittel und Produktionskapazitäten, um die Entlassungen auffangen zu können. Sie schließen bestenfalls Kurzverträge ab.

Trotz Abfindungen ist ein bemerkenswert hoher Teil der Arbeiter auf den Farmen geblieben. Nach einer Untersuchung des *Farm Community Trust* in den Mashonaland-Provinzen lebten im zweiten Quartal 2002 noch zwischen 33 und 50 Prozent trotz Kündigung weiter auf den Farmen. Ähnliches lässt sich für andere Provinzen sagen. Es hat offensichtlich eine gewisse Verständigung zwischen Arbeitern und den alten Farmbesitzern gegeben, was in einigen Fällen zu Konflikten mit den neuen Besitzern geführt hat.

Frauen besonders betroffen

Die Landreform wirkt sich unterschiedlich auf die männlichen und weiblichen Arbeitskräfte aus. Frauen sind deutlich härter betroffen. Manche Saisonarbeiterinnen gehörten zu Haushalten, wo die Männer eine Festanstellung hatten. Es sind die Männer, die die wenigen verbliebenen Plätze auf Kosten der Frauen halten konnten.

Ein ähnliches Bild bietet sich, wenn man die Daten über die Haushalte analysiert, die noch auf den Farmen leben. Bei Festangestellten ist der Anteil um 40 Prozent zurückgegangen, bei Saisonarbeitern um 31 Prozent. Vergleicht man die Haushaltsdaten nach Geschlecht, so zeigt sich, dass sowohl von den festen Arbeiterinnen wie den Saisonarbeiterinnen ein überdurchschnittlicher Teil die Farmen verlassen musste. Bei festen Arbeiterinnen ist ein Rückgang von 63 Prozent und bei Saisonarbeiterinnen um 42 Prozent zu verzeichnen. Diese Zahlen spiegeln auch die höhere Entlassungsrate bei Frauen

wider. Daten darüber, wie sie nun ihr Leben fristen, liegen nicht vor.

Löhne, Zuwendungen und Abfindungen

Der Verlust von Arbeitsplätzen auf den kommerziellen Farmen bedeutet, dass die ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter kein geregelteres Einkommen mehr haben. Diese waren zwar nie sehr hoch und zählten in der ganzen Geschichte der Farmarbeit stets zu den niedrigsten Löhnen. Mit den Hausangestellten und der jetzt wachsenden Schar im informellen Sektor stellten die Farmarbeiter die unterste Lohngruppe. Trotzdem machte ihr bescheidenes Einkommen den Unterschied zwischen Hunger und Überleben aus, zwischen extremer Armut und der Möglichkeit, wenigstens die wichtigsten Dinge fürs Leben erwerben zu können.

Nach einem offiziellen *Poverty Assessment Study Survey* aus Mitte der 90er Jahre reichte das Einkommen von Farmarbeitern gerade, um nicht zu den Ärmsten der Armen zu zählen. In jenen Jahren hatten die Farmarbeiter sich erfolgreich organisieren und höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erstreiten können. Inzwischen sind die realen Löhne jedoch aufgrund der Inflation vor allem in den Jahren 2000 bis 2003 dahingeschmolzen.

Unsere Felduntersuchungen erbrachten, dass die meisten Farmarbeiter nur den Mindestlohn von 4.300 Z\$ erhielten, wenige darüber. Zwischen den einzelnen Provinzen gibt es Unterschiede. In Mashonaland-Ost und Manicaland lagen sie im Durchschnitt deutlich über dem Minimum. So zahlte eine Farm in Manicaland einem Saisonarbeiter 7.800 Z\$, einem festangestellten Landarbeiter 8.500 Z\$, einem Fahrer oder Verwaltungsangestellten 15.000 Z\$. Auf einer anderen Farm erhielten die gewöhnlichen Arbeiter und Arbeiterinnen 7.100 Z\$, Fahrer und Vorarbeiter 9.500 Z\$ im Monat. In anderen Gegenden wie den Matabele-Provinzen und Masvingo variieren die Löhne zwischen 3.000 Z\$ und 7.000 Z\$.

Diese Daten weisen darauf hin, dass eine bemerkenswert große Zahl von Farmern in der Lage ist, mehr zu zahlen als den Mindestlohn von 4.300 Z\$, während nur wenige darunter bleiben. Unsere Untersuchung hat ergeben, dass der durchschnittliche Monatslohn auf den Farmen 6.510 Z\$ beträgt. Kontrakt- oder Saisonarbeiter verdienen weniger, Festangestellte mehr.

Die Löhne dürften jetzt aufgrund der Produktionseinschränkungen fallen. Den Wechsel zur Kontraktarbeit und den Ausfall von Farmlöhnen wird die gesamte Wirtschaft zu spüren bekommen. Nach einer Schätzung beläuft sich der Gesamtausfall der Farmlöhne auf 15 Mrd. Z\$ pro Jahr und der Exodus der Farmer dürfte zu einem weiteren Verlust von 13 Mrd. Z\$ an Löhnen führen. Das mag zu pessimistisch erscheinen, doch auch Lohnverluste in der Größenordnung von neun bis zehn Mrd. Z\$ haben erhebliche Auswirkungen auf das National- wie individuelle Einkommen.

Etwa 27 Prozent der Arbeiter in unserer Untersuchung erhielten zusätzliche Zuwendungen, meist in Form eines Zuschusses von 400 Z\$ für Paraffin. Die meisten erhielten nichts dergleichen.

Als man um die Feststellung nicht mehr herumkam, dass mit *jambanja* die Farmarbeiter zwangsläufig ihre Arbeit verlieren, wurde 2002 eine verbindliche Abfindungsregelung getroffen. Danach müssen Farmer, deren Besitz konfisziert wurde, ihre Arbeiter und Arbeiterinnen in folgender Weise auszahlen:

- Abfindungen in Höhe der drei letzten Monatslöhne;
- eine Zahlung in doppelter Höhe des Monatslohns für jedes auf der Farm geleistete Arbeitsjahr;
- 5.000 Z\$ für die Umsiedlung;
- eine Abfindung, wie sie das *Agriculture Industry Agreement* vorsieht;
- Barauszahlung des Urlaubs, der dem Entlassenen noch zusteht.

Das ist gemessen am Monatseinkommen keine geringe Abfindung. Die Regelung geht dabei davon aus, dass den Farmern trotz Produktionseinschränkungen noch genügend Mittel verblieben sind, ihre Arbeiter und Arbeiterinnen finanziell abzufinden. Sie sind dazu verpflichtet unabhängig davon, ob sie von der Regierung Entschädigungen für die Enteignung erhalten haben.

Kritiker verweisen darauf, dass in anderen Sektoren die Neueigentümer solche Verpflichtungen übernehmen. *The Farmer* schreibt in der Ausgabe vom 5. Februar 2002: „Farmen ist ein Geschäft wie jedes andere, und wenn die Regierung Farmen übernimmt, ist sie automatisch auch rechtlich für die Arbeiter verantwortlich. Nach den neuen Bestimmungen müssen die Farmer praktisch ihr ganzes Geld aus der Entschädigung für die Auszahlung ihrer Arbeiter aufbringen, während es nicht in erster Linie ihre Entscheidung war, mit dem Farmen aufzuhören.“

Trotz aller Kritik waren manche Farmer in der Lage, diese Summen aufzubringen. Die Auszahlungen variieren beträchtlich. Nach unseren Erhebungen bewegten sie sich zwischen 18.000 Z\$ und 50.000 Z\$ auf einer Farm in Mashonaland-Zentral und 100.000 Z\$ auf einer anderen Farm in der gleichen Provinz. Schwieriger ist es, Gesamtdaten für eine Farm in den einzelnen Provinzen zu bekommen. Auf einer Farm in Mashonaland-Zentral erhielten 60 Prozent, auf einer anderen in Masvingo 70 Prozent keine finanziellen Abfindungen. Insgesamt wurden nach unseren Befunden nur 23 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter ausgezahlt. Immerhin ein Fortschritt, denn nach einer offiziellen Untersuchung lag die Rate 2001 nur bei vier Prozent. Die meisten Farmarbeiter aber haben bis heute keine Abfindung erhalten. Als Erklärung wird meistens vorgebracht, die Farmer würden erst dann zahlen, wenn sie ihre Entschädigung erhalten haben, doch dieser Prozess verläuft sehr zäh. Und so dürften die Arbeiterinnen und Arbeiter noch

einige Zeit, wenn überhaupt, auf die ihnen zustehende Abfindung warten.

Mit einer Abfindung verlieren sie automatisch ihren Status als Festangestellte, auch wenn sie weiter auf der Farm arbeiten. Sie können jeder Zeit entlassen werden, und in der Regel stellen die Neubesitzer nur wenige fest ein. Damit ist der Status der Arbeitskräfte auf den Farmen unsicherer geworden als vor der Reform.

Auswirkung auf die Versorgung mit Sozialdiensten

Eine schwerwiegende Folge der Landreform ist, dass der Zugang zu gewissen Ressourcen und Dienstleistungen für Farmarbeiterinnen und Farmarbeiter erschwert wird. Das ist das Ergebnis des Eigentumswechsels oder neuer Regelungen von Seiten der Neueigentümer bzgl. der Unterbringung. Auch wenn die Qualität der Unterkünfte von Farm zu Farm wechselt, hatten die Arbeiter doch eine Garantie auf Wohnung, solange sie auf der Farm arbeiteten. Mit der Übernahme der Farmen ist dieses Recht unsicher geworden. In einigen Fällen haben die Neusiedler die Farmarbeiter verjagt. Versuche von Arbeitern, ihre Unterkünfte zu halten, führten manchmal zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Siedlern, vor allem den Veteranen, die selbst diese Häuser nutzen wollen. Hin und wieder kommt es zwischen den Parteien zu einer friedlichen Koexistenz, eine Vertreibung erfolgt in der Regel sofort bei der Übernahme durch den neuen Besitzer.

Da die meisten Farmarbeiter mit ihren Familien auf der Farm leben, ist die Zahl der Vertriebenen bemerkenswert hoch. Nach Schätzungen waren bis Mitte 2002 mehr als 900.000 Männer, Frauen und Kinder betroffen. Diese lassen sich in den Slumvierteln der Städte nieder, die sich in den letzten Monaten beschleunigt ausgebreitet haben.

Ein weiteres Problem betrifft die Wasserversorgung. Die meisten Farmen, die wir untersucht haben, verfügten über eine gute Versorgung über Leitungen oder Bohrlöcher. Das gilt für Mashonaland-Ost, Manicaland und Matabeleland. Lediglich Masvingo hat auf diesem Gebiet Probleme: Ein Drittel der Farmen hat keine gesicherte Versorgung. In Einzelfällen gab es Probleme im Unterhalt der Bohrlöcher.

Die neuen Farmer und Siedler stehen nun vor der Herausforderung, die Pumpen, Bohrlöcher und das Versorgungssystem in Gang zu halten. Verschärft wird das Problem der Wasserversorgung durch die geringen hygienischen Einrichtungen auf den Farmen.

Berichten vom Dezember 2002 zufolge hat sich die Situation verschlechtert. Manche Farmen können sich nicht mehr mit Trinkwasser versorgen, weil die Leitungen demoliert wurden, so dass die Anwohner sich aus Dämmen und Bächen versorgen müssen. Andere Siedler konnten die Stromrechnungen nicht mehr begleichen; ihnen wurden die Leitungen gekappt.

Zwei weitere Bereiche, die unmittelbar vom *fast track*-Programm betroffen sind, sind Schulen und Gesundheitsversorgung. Diese waren zwar immer knapp in

Farmgegenden, verbesserten sich aber nach 1990, als *early child education and care centres* (ECECs) eingeführt wurden. Nach Schätzungen haben 1999 davon 13 Prozent der Kinder von Farmarbeiterinnen profitiert. Aufgrund der Vertreibungen mussten die meisten ECECs schließen.

Ähnlich verhält es sich mit Schulen auf Farmen, deren Besitzer eine Beschlagnahmeverfügung erhalten oder die Farm verlassen haben. Sobald der Schulbesuch unterbrochen wird oder die Lehrer nicht mehr entlohnt werden, werden die Schulen meistens geschlossen. Diese unmittelbare Folge von *jambanja* hat die grundlegenden, wenn auch fragilen Dienstleistungen unterminiert, als sie gerade ein wachsende Zahl von Farmkindern erreichten.

Nach unseren Erhebungen wird der Schulbesuch von einer Reihe von Faktoren bestimmt. In vielen Gruppendiskussionen wurde als Hauptgrund für den mangelnden Schulbesuch der Mangel an Lebensmitteln und der Hunger genannt. In Manicaland blieben auf der Hälfte der untersuchten Farmen die Kinder aus Hunger, oder weil das Schulgeld nicht gezahlt werden konnte, dem Unterricht fern. Jenen, die weiter zur Schule gingen, fehlt es an Büchern und auch an Lehrern. Manchmal weichen die Kinder, vor allem Mädchen, dann an andere Schulen aus. Schulgeld und große Entfernungen sind die Haupthindernisse. In einem Fall liegt die nächste Sekundarschule 60 km entfernt, und die Schülerinnen und Schüler haben sich in der Nähe Unterschlüpfе gebaut. Alles in allem sind die Schulen im Farmland seit 2000 unter Druck geraten. Eine Schätzung der Schulabbrüche ist schwierig. Auf einer der untersuchten Farmen in Manicaland lag die Quote zwischen 15 und 55 Prozent. Die Sorgen mehren sich, dass diese Abgänger in Kriminalität und Prostitution versinken.

Auch wenn die Gesundheitsversorgung in Farmgebieten begrenzt war, hat es durch das Programm der *Farm Health Workers* (FHW) einigen Fortschritt gegeben. Vor der Reform erreichten die FHW immerhin 58 Prozent der Farmarbeiter und Farmarbeiterinnen. Auf 88 Prozent der Farmen in Mashonaland-West und 30 Prozent der Farmen in Matabeleland-Nord arbeiteten solche Pflegekräfte. Die FHW hatten viele Aufgaben: Sie waren zuständig für die Vorschulaktivitäten, verteilten Medizin gegen geringes Entgelt und unterrichteten in Gesundheit und Hygiene. Mit dem Besitzwechsel der Farmen sind diese Dienste praktisch zusammengebrochen. Die FHWs wurden ausgewiesen, und wo das nicht der Fall war, hindern sie Mittelknappheiten an der Ausübung ihrer Tätigkeiten.

Im Dezember 2002 brachte ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss seine Bestürzung über die verheerenden Zustände auf den Farmen und den neu besiedelten Flächen zum Ausdruck. Es gibt nur wenige Kliniken, und die sind weit entfernt, bis zu 40 Kilometer. Ein zusätzliches Problem ist der Mangel an Medikamenten in

diesen Kliniken. Ein weiterer Ausschuss bestätigte im Februar 2003 diese Eindrücke.

Die Infrastruktur bei der Gesundheitsversorgung und anderen Dienstleistungen ist durch die Landbesetzungen erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Es wird viel Zeit und erhebliche Mittel brauchen, diese wieder herzustellen.

Der Beitrag ist ein Auszug aus der umfangreichen Studie „The Situation of Commercial Farm Workers after Land Reform in Zimbabwe“, die der Autor im Auftrag des „Farm Community Trust of Zimbabwe“ durchgeführt und im März abgeschlossen hat.